

SPERRFRIST:

1. Mai 2016, Redebeginn

REDE

Es gilt das gesprochene Wort!

— **Annelie Buntenbach**

DGB-Vorstandsmitglied

1. Mai 2016

Hamburg

Anrede,

auch ich möchte Euch herzlich begrüßen - ich freue mich sehr, dass Ihr da seid, dass heute am 1. Mai hier in Hamburg so viele Menschen auf der Straße stehen - hier und in vielen anderen Städten. Ihr zeigt das demokratische, das solidarische Gesicht dieser Republik. Das gibt es und dafür stehen viel mehr Menschen, als die Scheinwerfer der Medien erfassen.

All die, die sich ehrenamtlich für Flüchtlinge engagieren, die sich gegen rechte Gewalt und rassistische Angriffe stellen, die sich jeden Tag im Betrieb im aufrechten Gang dafür stark machen, dass Demokratie nicht am Werkstor endet, die für mehr soziale Gerechtigkeit kämpfen - das sind viele und das ist gut so! Macht Euch sichtbar, wie heute - wir sind nämlich die Mehrheit und nicht irgendwelche selbsternannten neuen Kreuzritter gegen die angebliche Islamisierung des Abendlands, die von sich behaupten, sie wären „das Volk“!

Es ist Zeit für mehr Solidarität - und Solidarität muss man in einer Gesellschaft organisieren. Da darf nicht wie hier in Deutschland die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinandergehen. Da müssen die Reichen in die Pflicht genommen werden, und zwar bevor sie ihr Geld nach Panama geschafft haben!

Es geht um Solidarität - und es geht um Gerechtigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen! Darum kämpfen wir gerade wieder in den Tarifaueinandersetzungen. Es kann doch nicht sein, dass die deutsche Wirtschaft nach wie vor boomt, Aktienkurse durch die Decke gehen, Gewinne bei großen Konzernen sprudeln - und dann kommt nicht einmal ein vernünftiges Angebot auf den Tisch? Da sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ein paar Brotsamen nach Hause gehen? So nicht, das ist eine Provokation!

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind es doch, die den Reichtum in diesem Land erwirtschaften, und sie haben ein Recht auf ihren Anteil! In diesem Sinne von hier aus all den Kolleginnen und Kollegen, die jetzt gerade in Tarifikämpfen stehen, unsere solidarischen Grüße und viel Erfolg!

Anrede,

mit dem gesetzlichen Mindestlohn sind wir einen großen Schritt vorangekommen - das ist wirklich ein Meilenstein auf dem Weg zu guter Arbeit in Deutschland. Dafür haben wir lange gekämpft und darauf können wir stolz sein! 4 Millionen Menschen - die Zahl haben wir inzwischen amtlich vom statistischen Bundesamt - haben damit mehr Geld in der Tasche als vorher. Und: kein einziges aus der langen Reihe von Horrorszenarien, die Arbeitgeber und einige Institute an die Wand gemalt haben, ist eingetroffen - der Mindestlohn hat die Wirtschaft nicht zum Absturz gebracht, im Gegenteil!

Leider ist er immer noch nicht überall in der Arbeitswirklichkeit angekommen - zu wenig Kontrollen, zu viele Ausnahmen. Wenn 2015, im Jahr des gesetzlichen Mindestlohns nicht mehr Kontrollen gemacht werden, sondern weniger, wenn von dem versprochenen neuen Personal bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit noch kein einziger in dem Feld angekommen ist, dann ist das schlicht ein Skandal - Regeln am Arbeitsmarkt müssen auch durchgesetzt werden!

Das gilt auch, wenn es um die Eindämmung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen geht. Der hat in den letzten Jahren irrsinnig zugenommen, deshalb muss hier auch der Gesetzgeber ran, und zwar jetzt! Die Arbeitsministerin hat schon voriges Jahr einen Entwurf auf den Tisch gelegt, der seit Monaten von Arbeitgebern, CSU und Bundeskanzleramt weichgespült wird - jetzt geht er endlich ins offizielle Verfahren.

Missbrauch von Werkverträgen heißt: Arbeiten werden fremdvergeben, die nachher genauso wie vorher Teil des Produktionsablaufs im Betrieb sind, am selben Ort, in derselben Art und Weise, oft mit demselben Werkzeug und in denselben Hierarchien.

Nur auf dem Hemd oder Mütze steht dann manchmal ein anderer Firmenname.

Da werden Werkverträge konstruiert, um

- * Tarifverträge zu umgehen
- * Gewerkschaften und lästige Betriebsräte loszuwerden
- * Löhne zu drücken,
- * Arbeitsschutzbestimmungen zu umgehen,
- * Leute gegeneinander auszuspielen.

Die großen privaten Klinikbetreiber Asklepios, Helios und wie sie alle heißen, holen inzwischen aus Werkverträgen noch den letzten Winkelzug raus. Inzwischen ist aus einem Krankenhausbetrieb eine unübersichtliche Menge von konzerneigenen Kleinstbetrieben gemacht worden. Für die Rezeption, für den Bettentransport, die Essensanlieferung, das Tablett abräumen, die Geriatrie-Station, die Physiotherapie, die Reinigung usw.

Da bleibt nicht nur die tarifliche Bezahlung auf der Strecke - bei Helios bekommen die Kollegen in der Tochter- oder Enkelgesellschaft bis zu 40% weniger! - sondern auch Betriebsrat und Mitbestimmung. Mit dem Betriebsrat des Krankenhauses, zu dem die ausgegründete Servicegesellschaft früher gehört hat, darf man nicht mal mehr sprechen.

Anrede,

so die Gewinne zu steigern ist unverantwortliche Geschäftemacherei auf den Knochen der Beschäftigten und der Patienten - bei der Gesundheit darf es nicht um den höchsten Profit gehen, sondern um gute Leistungen für alle! Ähnliche Praktiken erleben wir inzwischen in der Logistik, Postdienstleistung, an den Flughäfen. Bekannter sind die Schweinereien aus der Fleischindustrie - da werden systematisch Kollegen z.B. aus Rumänien oder Bulgarien zu Hause angeworben, bezahlen viel Geld an sog. "Vermittler". Dann schufteten sie hier zu miserabelsten Löhnen mit ewig langen Arbeitszeiten, werden in überbelegten und abgelegenen Unterkünften untergebracht. Sie sprechen kaum Deutsch und kennen ihre Rechte hier nicht - da haben sie kaum Chancen, sich zu wehren, oft nicht einmal an ihr Geld zu kommen.

Die DGB-Beratungsstellen von Faire Mobilität, von Arbeit und Leben hier in Hamburg, können wenigstens einigen dann doch noch zu ihrem Recht verhelfen, das ist gut so - aber das ist natürlich kein Ersatz für die neue Ordnung am Arbeitsmarkt, die ist überfällig!

Anrede,

der Gesetzentwurf stellt eins klar, was lange überfällig ist: Leiharbeiter dürfen nicht als Streikbrecher eingesetzt werden. Gerade beim letzten Poststreik hat man gesehen, was Streikbruch durch Leiharbeit bedeutet:

Massenhaft sind Kolleginnen und Kollegen von Verleihern mit Sitz im Ausland angeworben und in die Betriebe gebracht worden, um Streikbrecherarbeiten zu machen. Das hat unseren streikenden Kolleginnen und Kollegen massiv geschadet! Im Einzelhandel sind Streiks kaum noch möglich, weil dann, wenn die Kollegen vorne zur Kaufhaustür rausgehen, durch die Hintertür die Leiharbeiter für den Streikbruch reingeholt werden. Diese Hintertür muss der Gesetzgeber endlich zumachen, und zwar ohne Ausnahmen! Da will jetzt die CSU wieder dran rumschrauben, aber das kommt überhaupt nicht in Frage, hier ist für uns rote Linie! Hände weg vom Streikrecht, Herr Seehofer!

Anrede,

machen wir uns nichts vor, dieses Gesetz ist sicher nicht die Antwort auf alle unsere Fragen, es wäre dann ein erster wichtiger Schritt, um die Würde der arbeitenden Menschen besser zu schützen. Jetzt kursieren dieselben

Schauergeschichten über die Regulierung von Werkverträgen wie vorher über den Mindestlohn - dass die Wirtschaft in die Knie geht, nicht mehr flexibel ist. Die schlimmste Drohung hat Arbeitgeberpräsident Kramer in den Raum gestellt: Ihr werdet alle hungern müssen, weil der externe Betreiber dann die Werkskantine zumachen muss. Und: Kramer hat ebenfalls prophezeit: Überbordende Bürokratie wird das Wachstum zum Erliegen bringen.

Anrede,

ich finde, wenn bei den Fremdvergaben spätestens in der 5. oder 6. Stufe in der Kette von Subunternehmen - mit Sitz in Slowenien, Rumänien, Bulgarien oder wo auch immer - die Kolleginnen und Kollegen um ihren Lohn betrogen werden, ist das eine Sauerei, der man endlich einen Riegel vorschieben muss. Hier geht es nicht um Bürokratie, sondern das ist genauso kriminell wie jeder Raubüberfall, Herr Kramer!

Und eine Regelung gegen den Missbrauch von Werkverträgen ist auch im Interesse der Arbeitgeber, im Handwerk und in der Industrie, die sich an Tarife halten und ihre Leute anständig bezahlen - denn gerade deren Geschäftsmodell wird doch bedroht durch so eine Schmutzkonkurrenz! Die muss der Gesetzgeber unterbinden.

Wenn die Koalition das in dieser Legislatur nicht mehr geregelt bekommen sollte, dann steht ein Thema für den nächsten Wahlkampf jedenfalls schon fest: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Schluss mit den Beschäftigungsverhältnissen zweiter Klasse!

Anrede,

keine Beschäftigungsverhältnisse zweiter Klasse - das muss selbstverständlich auch für Geflüchtete gelten. Lasst mich zur Flüchtlingsfrage zwei Dinge grundsätzlich klarstellen: Das Grundrecht auf Asyl ist unabdingbares Menschenrecht. Ich sehe mit großer Sorge, wie es in Deutschland in den letzten Monaten immer mehr eingeschränkt wird. Und: Dass das Mittelmeer zum Massengrab gemacht wird, auch in Zukunft, finde ich unerträglich, ein Versagen der Europäischen Union und der internationalen Staatengemeinschaft.

Anrede,

wer jetzt fordert, Geflüchtete für weitere Ausnahmen vom Mindestlohn zu missbrauchen, spielt mit dem Feuer. Die Mindeststandards am Arbeitsmarkt hängen doch nicht von Pass und Herkunft ab, sondern sie müssen für alle gelten - Geflüchtete dürfen nicht zur Dumpingmasse degradiert und in den Niedriglohnbereich abgeschoben werden.

Und anschließend wird ihnen dann noch vorgeworfen, sie nehmen als billige Arbeitskräfte den "Deutschen" (wer immer das genau ist) die Arbeit weg. Das wäre die vorprogrammierte gesellschaftliche Spaltung, das kann niemand wirklich wollen, wir jedenfalls definitiv nicht! Wir müssen jetzt alles tun, um die Flüchtlinge so schnell wie möglich in gute Arbeit und Ausbildung zu integrieren - eine große Herausforderung, für die wir Gewerkschaften uns mit in die Verantwortung stellen, bei der Bundesagentur, vor Ort, im Betrieb.

Im Moment gibt es in Deutschland zwei unterschiedliche Richtungen: die, die machen und die die lamentieren und meckern. Wir gehören zu denen, die es anpacken, darauf bin ich stolz.

Ich weiß, dass viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, viele von Euch sich hier mit viel Herzblut und Solidarität engagieren, als Betriebsräte, ehrenamtlich, und die, die in ihrem Job mit Geflüchteten arbeiten, endlose Überstunden aufhäufen, im öffentlichen Dienst, in der Schule, in den KiTas, im Arbeitsamt, in der Wohlfahrtspflege - euch allen an dieser Stelle ein ganz großes Dankeschön! Aber klar ist auch: so groß der gute Wille ist, damit allein wird es nicht gehen, wir brauchen endlich die richtige Infrastruktur, das nötige Geld, passende und ausreichende Angebote! Ich habe das Gerede aus Berlin und München über Obergrenzen, Abschottung, Verdacht auf islamistische Terroristen unter den

Flüchtlingen, Strafaktionen, sichere Herkunftsländer, Leitkultur so satt - alles Wasser auf die Mühlen von AfD, Pegida und co, unverantwortlich!

Zumal wirklich wichtige Diskussionen über Sexismus z.B. dabei schlicht zugeschüttet werden. Wir müssen Sexismus und Rassismus klar entgegentreten, und zwar ausnahmslos! Beim Integrationsgesetz dasselbe: harte Strafen gegen Integrationsverweigerer, jawohl, Herr Minister! Noch eine Verbeugung vorm Stammtisch. Was müssen das für böse Menschen sein - die verweigern die Integrationskurse schon bevor es sie überhaupt gibt!

Da kriegt die Bundesregierung nämlich immer noch kein ausreichendes Angebot hin, die Belegung klappt nicht, wie vieles andere auch. Wenn hier einer die Integration verweigert, ist das DeMaiziere -, die Asyl-Antragstellung zu spät, die Verfahren zu lang. Wie heißt die alte Weisheit? Wenn ein Finger auf die andern zeigt, zeigen vier auf dich selbst!

Wir setzen als Gewerkschaften auf eine Doppelstrategie - auf der einen Seite die Unterstützung von Flüchtlingen mit den nötigen Investitionen in Spracherwerb, Kompetenzerkennung, Qualifizierung, Ausbildung. Auf der anderen Seite die Unterstützung derjenigen, die drohen, hier am Arbeitsmarkt abgehängt zu werden: Langzeitarbeitslose, junge Leute, die keinen Berufsabschluss haben und dafür eine zweite Chance brauchen.

Kinder, die im Hartz-IV-System groß werden müssen, haben ein Anrecht auf eine Perspektive für ihr Leben. Dass Armut und Ausgrenzung in einem so reichen Land wie Deutschland auch noch erblich sind, ist ein Skandal - das müssen wir endlich ändern! Das sind Zukunftsinvestitionen, wenn hier weiter am falschen Ende gespart wird, werden wir das später teuer bezahlen. Da wird der Bundesfinanzminister über den Schatten seiner schwarzen Null springen müssen!

Anrede,

es geht um Solidarität und es geht um Gerechtigkeit. In Deutschland sind Einkommen und Vermögen extrem ungleich verteilt - und die Superreichen schaffen ihr Geld systematisch an der Steuer vorbei, und die Arbeitgeber ziehen sich aus ihrer Verantwortung bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme.

Im Gesundheitswesen werden die Kosten in den kommenden Jahren, das schätzt der GKV-Spitzenverband, um 19 Mrd. Euro steigen. Den Arbeitgeberbeitrag hat schwarz-gelb eingefroren. Das heißt: diese immensen Kosten werden über die Zusatzbeiträge ganz allein bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abgeladen. Das wird viele komplett überfordern, schließlich zahlen wir heute schon den größten Batzen der Gesundheitskosten! Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Lasten, wir fordern die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung im Gesundheitswesen!

Anrede,

das andere Thema, für das die Gewerkschaften richtig Druck machen werden mit einer gemeinsamen Kampagne ist die Rente. Die Politik muss wieder zu dem Konsens zurückkehren: wer jahrzehntelang gearbeitet und in die Rente eingezahlt hat, muss im Alter auch eine Rente haben, von der er oder sie in Würde leben kann!

Anrede,

wenn das Rentenniveau so weiter gesenkt wird wie es jetzt im Gesetz steht, rollt eine Welle von Altersarmut auf uns zu. Vor kurzem hat mir eine Kollegin, eine Verkäuferin, ihren Rentenbescheid gezeigt: 790 Euro. Und das nach 40 Beitragsjahren Vollzeit Schuftin. Schon das ist ein Skandal!

Wäre sie ein paar Jahre später in Rente gegangen, wären es, wenn die Kürzungen so weitergehen, nochmal über 100 Euro weniger, dann hätte sie auf jeden Fall zum Amt gemusst. Mit 680 Euro ist man jedenfalls in Hamburg bei den Mietpreisen mitten in der Grundsicherung. Und die Kollegin hatte 40 Beitragsjahre und Vollzeit - das bekommen viele in

ihrem Arbeitsleben gar nicht zusammen, mit Phasen von Teilzeit oder Minijob, Arbeitslosigkeit, Selbständigkeit, vielleicht als Regaleinrümerin. Die rutschen alle geradewegs in die Grundsicherung.

Und auch für die mit besserem Verdienst ist bei den Rentenkürzungen der soziale Abstieg im Alter vorprogrammiert. Deshalb brauchen wir dringend einen Kurswechsel in der Rentenpolitik, und zwar jetzt! Schluss mit den Rentenkürzungen, das gesetzliche Rentenniveau muss jetzt, als allererstes stabilisiert werden und dann muss es wieder angehoben werden! Rente muss zum Leben reichen!

Die Bilanz nach 15 Jahren Riester zeigt: mit privater Vorsorge kann man nicht hinter den Lücken her sparen, die in der gesetzlichen Rente gerissen worden sind. Wer wenig verdient, kann sich das gar nicht leisten. Und spätestens seit der Finanzmarktkrise muss doch dem letzten klar sein, dass das Roulette am Aktienmarkt für die Alterssicherung nicht taugt!

Da ist die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung eindeutig die beste Wahl. Die müssen wir zukunftsfähig machen, sie in Richtung auf Erwerbstätigenversicherung umbauen - und als allererstes das Rentenniveau stabilisieren! Das ist machbar, das ist bezahlbar, aber dann darf man nicht noch länger warten, bis die Rentenkasse in ein paar Jahren leergeräumt ist, sondern die Politik muss jetzt handeln. Warum auf die nächsten Wahlen warten? Die große Koalition hat doch noch anderthalb Jahre Zeit!

Jetzt haben wir, Anrede, seit einigen Wochen in der Rentenfrage so viele Freunde wie lange nicht. Das ist schön.

Die Parteien überholen sich gerade gegenseitig mit wunderbaren Vorschlägen - für uns ist entscheidend, was praktisch hinten raus kommt.

Dass das auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wirklich etwas bringt, und zwar nicht am Sankt-Nimmerleinstag, dafür werden wir als Gewerkschaften kämpfen, und zwar alle zusammen!

Übrigens, Herr Schäuble, arbeiten bis zur Kiste, das ist mit uns nicht zu machen - der Finanzminister ist doch das beste Beispiel dafür, dass auch mal Schluss sein muss mit dem Job!

Anrede,

Gewerkschaften kämpfen für soziale Gerechtigkeit - und dabei lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen. Aber - und das macht mir große Sorgen - es gibt in Europa, auch in Deutschland immer lautere Stimmen, Parteien, Organisationen, die genau darauf setzen. Die sich das Volk - wer gehört hier dazu und wer nicht? - so zurechtbiegen, wie es ihnen in ihr dumpf nationales Weltbild passt.

Auf dem Rücken der andern, die sie abspalten nach Hautfarbe, Pass, Religion, aber auch nach Geschlecht, Behinderung, sexueller Orientierung. Sie machen Flüchtlinge zu Sündenböcken für alles, und reden dem Schießbefehl das Wort.

Da, wo die Wahlergebnisse für die AfD am höchsten sind, gibt es gleichzeitig die meisten Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Das von Januar 2015 bis April diesen Jahres 309 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und 83 tätliche Übergriffe mit 154 Verletzten stattfinden konnten und bis heute nur in den seltensten Fällen die Täter gefasst und vor Gericht gestellt worden sind, ist ein unglaublicher Skandal - was haben wir hier in Deutschland, was haben die Sicherheitsbehörden eigentlich aus der unfasslichen Geschichte des NSU gelernt?

Offensichtlich viel zu wenig, liebe Kolleginnen und Kollegen - wir brauchen keine neuen Aktenschredder, sondern demokratische Konsequenz! Die AfD versucht inzwischen, sich als Partei der kleinen Leute darzustellen, und ich weiß, dass auch mancher Kollege in Sachsen-Anhalt da sein Kreuz gemacht hat.

Da geht es darum, in den Betrieben Überzeugungsarbeit zu leisten. Wer die Arbeitslosenversicherung privatisieren und

die Unfallversicherung abschaffen will, auch für Deutsche übrigens, handelt ganz klar gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Höcke und Petry legen zwar nicht selbst die Brände, aber sie sind die Scharfmacher und in diesem Sinne die geistigen Brandstifter. Wir müssen Flüchtlingsfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Rassismus klar und eindeutig entgegentreten. Wir dürfen denen, die das organisieren, keinen Raum geben, ihnen die öffentlichen Plätze nicht überlassen. Dafür werden wir weiter breite Bündnisse schmieden, wo immer das geht.

Anrede,

es ist Zeit für mehr Solidarität, Zeit für mehr Gerechtigkeit! Wir kämpfen für eine Gesellschaft, an der alle auf Augenhöhe teilhaben können. Einfach wird das nicht, sondern eine gesellschaftliche Auseinandersetzung, in der wir viel zu verlieren, aber auch viel zu gewinnen haben. Dabei wünsche ich uns viel Erfolg - und wenn ich hier in Eure Gesichter schaue, dann bin ich sicher, wir schaffen das!